

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Juli 2016

07/2016

Sommerfest der LINKEN

13. August 2016 ab 14 Uhr

Amtshof Wittstock

Musik, Kleinkunstprogramm, Kaffee und Kuchen, leckere Spezialitäten, Diskussion zur Landesgartenschau, Angebote für Kinder und mehr ...

Sommerzeit - Zeit zum Nachdenken?

Zeit zum Erholen, Zeit für die Kinder, für die ganze Familie. Aber eben auch mal zum Nachdenken. Denn: Es ist zu wenig los bei uns, bei und mit den LINKEN. Stimmt nicht, können die jungen Genossen (immerhin sind im vergangenen Jahr 23 neu zu uns gekommen) sagen, wir machen ja was! Stimmt. Vor kurzem war die AG z.B. zum Wahlkampfhilfe-Einsatz in Sachsen-Anhalt. Und sie hatten eine äußerst interessante Diskussionsrunde mit unserer Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann. Nicht nur sie selbst war sehr angetan davon.

Unsere zahlreichen Abgeordneten in den verschiedenen Parlamenten organisieren ebenso fleißig und unermüdlich ihre Arbeit. Und viele andere Genossinnen und Genossen sind auf den verschiedensten Gebieten, Organisationen und Vereinen sehr rührig. Da DIE LINKE aber nach wie vor von der Lokalpresse totgeschwiegen wird (weil es eben LINKE sind) und wir nur hier mehr oder weniger darüber berichten, erfahren nicht so viele Bürger davon.

Nichtsdestotrotz - wir müssen uns nicht zuletzt in Vorbereitung auf die kommenden »heißen« Monate wieder mehr einfallen lassen. Der Bundestagswahlkampf (unserer Kirsten Tackmann tritt wieder für DIE LINKE an) schickt seine Zeichen voraus, im November soll der Neuruppiner Stadtvorstand mit neuen Inhalten neu gewählt werden, im Frühjahr der Kreisvorstand - na, und was sonst noch alles aktuell anstehen wird.

Ideen sind gefragt, kümmern wir uns wieder mehr um den Einzelnen vor Ort! Also: Lassen wir uns was einfallen!

Niemand ist vergessen!

Keine Verklärung rechter Gewalt zulassen

Für Betroffene rechter Gewalt ebenso wie für diejenigen, die sich in antifaschistischen Themenfeldern engagieren, galt die Aufdeckung der neonazistischen Terrorgruppe NSU und ihrer Taten bedauernswerter Weise nur als der sprichwörtliche Gipfel des Eisberges.

Was sich unter der Oberfläche offizieller Statistiken an rechten Gewalttaten gegen Menschen verbirgt, sind für die Opfer nicht nur Ziffern, sondern Schicksale. Dunkel erscheinen hier vor allem die menschenverachtenden Taten, die in tiefe Abgründe blicken lassen. Nicht sehr erhellend ist auch die Differenz von 75 durch die Bundesregierung »anerkannten« zu 178 von der Amadeo Antonio Stiftung gezählten Todesopfern seit 1990.

Ein Teil erklärt sich statistisch darin, dass Wohnungslose als Opfergruppe rechter Gewalt kaum Beachtung finden. Menschlich lässt sich hingegen nur sehr schwer verstehen, warum zum Beispiel der Neuruppiner Emil Wendland in der Nacht zum 1. Juli vor 24 Jahren sterben musste. Zu jenem Zeitpunkt obdachlos und rückfällig alkoholkrank,



Gedenken an Emil Wendland

Foto: MaC

wollte der einstige Lehrer und Verkaufsstellenleiter im Rosengarten, direkt neben dem zentralen Schulplatz in Neuruppiner, vermutlich auf einer Bank übernachten, als er von drei (Neo)nazis überfallen und brutal zusammengeschlagen wurde. Diese hatten sich zuvor gemeinsam in einer Wohnung an Alkohol und Rechtsrock berauscht. Nachdem sie Emil mit Tritten und Schlägen weckten, schlugen sie ihm unter anderem eine Bierflasche auf den Kopf. Als die Tätergruppe dabei war, den Ort zu verlassen, kehrte einer von ihnen um und ermordete das wehrlose Opfer durch mehrere Messerstiche.

Am Samstag, dem 2. Juli 2016, hielten gut drei Dutzend TeilnehmerInnen die Erinnerung an Emil wach und gedachten seiner. Mit Blick auf alle Todesopfer rechter Gewalt und die erneute Zunahme von Menschenfeindlichkeit wurde in den Redebeiträgen des Bürgermeisters, des JWP MittenDrin, der Antifa Jugend Brandenburg und der LINKEN gemahnt und betont, dass sich den Verklärungsversuchen seitens der neofaschistischen Szenerie weiterhin entschlossen entgegengestellt werden müsse.

Nach einer Schweigeminute wurden an der Gedenktafel im Rosengarten Blumen für Emil Wendland niedergelegt, der erst nach 21 Jahren seitens der Behörden als Opfer rechter Gewalt anerkannt worden ist.

Weitere Info's: <http://hp-x.de/J5021K1>



Gedenktafel im Rosengarten Foto: Hanskarl Book

ch-

MaC

Weckruf nach Potsdam

Nach intensiver Diskussion über Für und Wider beschloss DIE LINKE. OPR auf ihrer Gesamtmitgliederversammlung am 15. Juni 2016 einmütig bei 11 Stimmenthaltungen einen Antrag zum Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019, der die ablehnende Haltung des Kreisverbandes zum Ausdruck bringt. Den Inhalt des

Beschlusses können Sie in der letzten Ausgabe unserer Märkischen Linken vom Juni 2016 und auf unserer Internetseite unter www.dielinke-opr.de nachlesen.

Die Schlussabstimmung des Landtages zum Entwurf des Leitbildes erfolgte vor der Sommerpause in der Zeit vom 13.-15. Juli 2016. Wir werden in unserer nächsten Ausgabe darüber berichten. js

Zwischenruf

Von Achim Müller

Neid oder Ungerechtigkeit?

Seit langem fordert DIE LINKE eine gerechte Erbschafts- und Vermögenssteuer. Wie recht sie mit dieser Forderung hat, zeigt exemplarisch nachfolgendes Beispiel: Die Witwe des ALDI-Erben Bernhard Albrecht, Babette, lässt sich und den Erben jährlich 25, in drei Jahren 25 bzw. 120 Millionen Euro aus den Stiftungen auszahlen (da hat jede Quelle ihre eigenen Zahlen). Und das soll ihr laut einem internen ALDI-Papier auch zustehen.

Da fragt sich der Normalbürger: Wofür? Nur weil sie das als Witwe erbt? Oder dafür, dass die Dame bei Fernsehshows oder exklusiven Modenschauen in der ersten Reihe sitzt, sich im Scheinwerferlicht sonnt und mit ihrem hochwertigen Schmuck prahlt, während in Deutschland

knapp 800.000 Menschen sozial ausgegrenzt und akut armutsgefährdet sind. Viele von ihnen haben ein Leben lang gearbeitet und sind durch Jobverlust im Alter in diese prekäre Situation gekommen. Aber auch die Kinder, die ja unsere Zukunft sind, werden immer weiter abgehängt. So zeigt eine Unicef-Studie, dass sogar in kleineren Ländern wie beispielsweise Estland, Lettland oder Kroatien die Kluft zwischen armen Kindern und Kindern des Mittelstandes nicht so weit auseinanderklafft wie in Deutschland.

Nun gibt es von der Großen Koalition (auf Druck des Verfassungsgerichts) einen neuen Vorschlag zur Reform der Erbschaftssteuer, aber der ist wegen Begünstigung von Firmenerben im Vermittlungsausschuss gelandet. Und wieder gehen dem Staat jährlich Millionen verloren, was könnte man damit nicht alles für das Gemeinwohl finanzieren?

Wir trauern um unseren Genossen

Rudi Klann

Er ist im Alter von 85 Jahren, nach tapfer ertragener schwerer Krankheit am 2. Juni 2016 gestorben. Wir haben mit ihm einen Genossen verloren, der sein ganzes bewusstes Leben lang treu zur Sache des Sozialismus stand. In der DDR widmete er seine Kraft dem Wirken der nationalen Front, deren Kreisvorsitzender er bis 1989 war. Nach der »Wende« verfolgte er aufgeschlossen und mit großem Interesse die neue Politik, die uns von der alten Bundesrepublik Deutschland aufgezwungen wurde. Seine Haltung veränderte Rudi nicht, er setzte sich kritisch mit allem Neuen auseinander. In ca. 100 Leserzuschriften, sowohl in der MAZ als auch im ND, brachte er zu vielfältigen Themen seinen Standpunkt zum Ausdruck. Seine Artikel in der Presse, die wir sehr vermissen, trafen auf viel Zustimmung bei den Lesern, es gab aber auch Anfeindungen, die ihn nicht von seinen Aktivitäten abhielten. Während seiner Krankheit hatte er nicht mehr die Kraft, weiter seine Meinung zu publizieren, was ihn sehr ärgerte. Er wollte weiter mit seinen Mitteln unsere Politik unterstützen.

Durch seine Ehefrau, Genossin Anne Klann, die stets treu an seiner Seite stand, hielt er den Kontakt zur Partei und war durch den Austausch der Meinungen mit ihr und seinen engsten Freunden und Genossen immer auf dem Laufenden.

Ein aktiver Kämpfer für unsere Sache lebt nun nicht mehr. Er fehlt uns, wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Kreisvorstand DIE LINKE. OPR

Seine Genossen vom Regionalverband Wittstock

Kommentar

Wenn zwei das Gleiche tun

Als vor einigen Wochen im Neuruppiner Heimatmuseum die Ausstellung »Ferien mit Felix« (hierbei ging es um das ehemalige zentrale Pionierferienlager des MfS in Klausheide) gezeigt wurde, war dort auch ein Bild zu sehen, wo Pioniere »Zielübungen« mit einer Waffe machten (dass es sich dabei um ein Bild handelte, welches nicht in Klausheide aufgenommen wurde, war einem Fehler der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen geschuldet).

Aber, und das ist das Entscheidende, es wurden in der DDR Kindern in Ferienlagern oder z.B. bei Pioniernachmittagen Waffen gezeigt. Das war etwas ganz normales und kaum einer hat sich darüber aufgeregt. Diese Vorführung von Waffen erfolgte meistens durch Angehörige der NVA, aber auch, wie ich es als Kind selbst erlebte, durch Volkspolizisten. Außerdem gab es noch die vormilitärische Ausbildung und den Wehrkundeunterricht. Dies alles stand unter dem Zeichen des Schutzes/der Verteidigung der Heimat und des Friedens.

In und nach der politischen »Wende« in der DDR wurden diese paramilitärischen Praktiken von kirchlichen Kreisen, der Friedensbewegung und Pazifisten angeprangert. Aber auch führende Politiker der Alt-BRD echauffierten sich darüber.

Heute, ein viertel Jahrhundert später, sieht die Sache ganz anders aus. Die Bundeswehr versucht mit »Tagen der Bundeswehr« ihr offensichtlich angekratztes Image aufzubessern. Dabei erhalten auch Minderjährige Zugang zu ungeladenen Waffen, wie dem Gewehr G 36, der Pistole P8 oder der Maschinenpistole MP7. Wie Medien berichteten, konnten die Kinder mit den Waffen unter Aufsicht ungehindert hantieren. Also so, wie einst in der DDR.

Da die Bundeswehr dringend Nachwuchs sucht, werden (was viele gar nicht wissen) jedes Jahr freiwillige Minderjährige ab dem 17. Geburtstag (mit Einverständnis der Eltern) als Soldaten rekrutiert. Im Jahre 2015 waren es 1515 Mädchen und Jungen (Mitteilung des Verteidigungsministeriums auf eine Anfrage der LINKEN-Fraktion im Bundestag), die militärisch genauso wie Erwachsene ausgebildet wurden. Dass hierbei der gesetzliche Jugendschutz ausgehebelt wird, scheint keinen zu interessieren. Wichtig ist anscheinend nur, dass diese Jugendlichen mit Erreichung der Volljährigkeit als vollwertige Soldaten in Auslandseinsätze geschickt werden können.

Ach so, die NVA war nie an kriegerischen Einsätzen beteiligt! hjm

Es gibt wichtigeres zu tun

Die Pritzwalker Stadtzeitung brachte in ihrer aktuellen Ausgabe eine Veröffentlichung der Stadt Brandenburg, aus der hervorgeht, welche Kreise und kreisfreien Städte eine Kreisgebietsreform in der jetzigen Form ablehnen. Zusammengefasst gibt es keinen Kreis und keine kreisfreie Stadt im Land Brandenburg, die diese Reform befürworten.

Hartmut Winkelmann, Fraktionschef der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung Pritzwalk, sagt dazu, dass die LINKEN in Pritzwalk »keinerlei Verständnis für den Kurs unserer eigenen Landtagsabgeordneten« haben.

Aber auch die Bürgermeister von Cottbus, Frankfurt/Oder und Brandenburg/Havel haben einen »Weckruf« an die Landesregierung geschickt und drohen mit Verfassungsklage. Sie beziehen sich auf eine aktuelle OECD-Studie, aus der hervorgeht, dass es in Brandenburg wichtigeres als die bis zu 600 Milli-

Ergebnis der Anhörung der Vertreter aller Landkreise und kreisfreien Städte in Brandenburg:

Kreisgebietsreform durchgefallen!



Barnim | Oberspreewald-Lausitz | Brandenburg an der Havel | Oder-Spree | Cottbus | Ostprignitz-Ruppin | Dahme-Spreewald | Potsdam | Elbe-Elster | Potsdam-Mittelmark | Frankfurt (Oder) | Prignitz | Havelland | Spree-Neiße | Märkisch-Oderland | Teltow-Fläming | Oberhavel | Uckermark

Foto: www.stadt-brandenburg.de

onen Euro teure Kreisgebietsreform gibt. Es besteht z. B. erheblicher Nachholbedarf in den Bereichen Infrastruktur, Sicherheit und

sozialer Zusammenhalt. Hierfür sollte dieses Geld vorrangig genutzt werden.

hjm

Viel gelernt beim Planspiel

Meine Erfahrungen bei Jugend und Parlament 2016

Auch ich bin vom 4.-7. Juni 2016 in Berlin gewesen, um bei dem Planspiel Jugend und Parlament, welches jedes Jahr im Reichstagsgebäude stattfindet, teilzunehmen. Von einem freundlichen und hilfsbereiten Besucherdienst bis hin zu interessanten Gesprächen war alles geboten.

Über 300 politikinteressierte Menschen haben sich im Plenarsaal zusammengesetzt, um dann später in einzelne Parteien und Fraktionen »unterteilt« zu werden. Für mich war es interessant, in eine Rolle als Abgeordnete des Bundestages hineinzuschlüpfen, mit fiktivem Lebenslauf und einer fiktiven Partei, welche der SPD angehaucht ist. Dies war eine gute Möglichkeit, die Dinge auch aus einer etwas anderen Perspektive zu betrachten und zu sehen, womit Politiker jeden Tag zu kämpfen haben.



Kirsten (l.) und Lea im Gespräch Foto: Bianca Bodau

Mit dem Wunsch, politischen Austausch zu fördern und mehr Verständnis für andere Meinungen zu gewinnen, ging ich in dieses Projekt hinein, wobei die Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann mich dazu einlud und ich ihr sehr für die Erfahrung danke.

Als es die Möglichkeit gab, mit ihr persönlich ins Gespräch zu kommen, war eine lockere, freundliche Atmosphäre vorhanden. Nach der Vorstellung ihrer Mitarbeiter ging ich in eine echte Arbeitsgruppe zum Thema Ernährung und Landwirtschaft und habe somit den Vergleich zu den gespielten Arbeitsgruppen gehabt. Es hat sich in der Art und Weise nicht viel genommen.

Durch dieses Projekt habe ich mehr Respekt vor Politikern und Mitarbeitern gewonnen, denn innerhalb von vier Tagen vier Gesetzentwürfe zu ändern und zu beschließen, ist nicht einfach und oftmals nervenzerreißend.



Junge »Nachwuchspolitiker« simulieren die Gesetzgebung

Am Ende kann ich sagen, dass die Parteizugehörigkeit eines Jugendlichen nicht immer alles über den Menschen aussagt, denn auch mit Teilnehmern aus dem relativ entgegengesetzten Jugendverband Junge Union habe ich Freundschaft geschlossen.

Dennoch fühle ich mich in der LINKEN schon am wohlsten, werde mich jedoch nicht mehr so sehr auf die Parteizugehörigkeit eines Menschen beziehen.

Lea Techert
Alt Ruppin

Brexit als Weckruf für eine menschliche EU

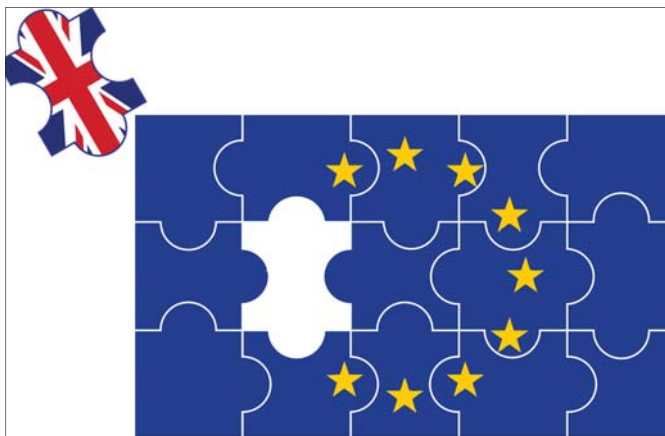


Foto: Pixabay

Die knappe Mehrheit der britischen Wählerinnen und Wähler haben sich am 23. Juni 2016 in einem Referendum gegen den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union entschieden. Die Konsequenzen sind derzeit weder für Großbritannien noch für die EU schon abschließend zu bewerten. Die Brexit-Befürworter der ersten Reihe hatten offensichtlich außer dem »Out« keinen Plan für danach und machen sich nun unter fadenscheinigen Ausreden in die Büsche, statt Verantwortung zu übernehmen. Aber vielleicht ahnen sie, dass ihre Propaganda doch noch auffliegt und klar wird, dass dieses »ja« mit manipulativen Falschaussagen erreicht wurde.

Was passiert jetzt?

Wie die Scheidungsverhandlungen laufen werden, wird auch von den Zielen abhängen, die nun sowohl die verbliebenen 27

EU-Mitgliedsstaaten als auch die neue britische Premierministerin oder der neue Premierminister verfolgen werden. Geld wird im zukünftigen EU-Haushalt auf jeden Fall fehlen, denn Großbritannien gehörte zu den so genannten Nettozahler-Staaten, die mehr Geld nach Brüssel überweisen als sie über Fördermittel erhalten. Da die

Einkommen im Vereinigten Königreich über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedsstaaten lagen, kann der Brexit auch dazu führen, dass Brandenburg aus der bevorzugten Förderung ausscheidet. Wie sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Brandenburger und britischen Unternehmen entwickeln werden, wird sich zeigen müssen.

Analyse der Ursachen notwendig

Aber noch wichtiger als die Diskussion über die möglichen Folgen des Brexit ist die Analyse der Ursachen. Denn wer der EU trotz Brexit eine Zukunft geben will, muss sich dieser Debatte stellen und die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Denn EU-Skepsis gibt es auch in anderen Mitgliedsstaaten, und sie ist ein Alarmsignal, das ernst genommen werden muss. Die EU muss aus Sicht der LINKEN von einem Bündnis der Wirtschafts-

und Bankenlobbyisten zu einem friedlichen und solidarischen Staatenbündnis werden, in dem sowohl alle Menschen als auch die Natur mit Respekt behandelt werden. Wie das erreicht und ausgestaltet werden kann, ist übrigens auch eine historische Aufgabe für die Europäische Linke.

Allerdings wäre es auch ein Irrtum, anzunehmen, dass allein die Defizite der EU zum Brexit geführt haben. Zur Erinnerung: David Cameron hat das Referendum nicht als überzeugter Befürworter der direkten Demokratie angesetzt - im Gegenteil. Er hat ein Ventil gesucht für die massiven Auseinandersetzungen sowohl innerhalb seiner eigenen konservativen Partei, den Tories, als auch innerhalb der britischen Gesellschaft, und wollte mit der Umlenkung innerbritischer Konflikte nach Brüssel seinen Wahlerfolg sichern. Letzteres hat auch geklappt, aber der Premierminister hat damit den Brexit billigend in Kauf genommen.

Eigentliche Probleme weiter ungelöst

Weil die Kampagnen beider Seiten leider alles andere waren als die Sternstunde einer aufklärerischen Diskussionskultur, wie sie für eine souveräne direkte Mitbestimmung des Volkes gebraucht wird, wurden die Gräben in der britischen Gesellschaft sogar weiter vertieft. Der Tod der Labour-Abgeordneten Cox war der traurige Tiefpunkt. Dass Nordirland, Schottland und Wales sowie die Jüngeren in der EU bleiben wollten, zeigt, dass die Probleme ungelöst sind.

Kirsten Tackmann, MdB

Deutsche Waffen in Krisengebiete

Deutschland hat es geschafft

... und belegt wieder den dritten Platz auf der weltweiten Rangliste der Nationen beim Rüstungsexport.



Foto: DIE LINKE, Jakob Huber

Die aktuell veröffentlichten Zahlen des britischen Branchendienstes IHS »Jane's« und die Analyse des deutschen Rüstungsexports seitens Jan van Aken (außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE) sprechen eine sehr eindeutige Sprache. Zwar sei der Handel mit Kleinwaffen, der nicht dem Kriegswaffenkontrollgesetz unterliegt, leicht rückläufig, doch in der Gesamtbeurteilung von Einzel- und Sammelgenehmigungen werden neue Bestmarken gesetzt. Ergo sieht es nicht so schlecht aus für das einst demilitarisierte Deutschland:

Im Jahr 2015 wurden Rüstungsexporte in Höhe von insgesamt 12,81 Mrd. Euro genehmigt, was einer Zunahme von 96 % gegenüber dem Vorjahr (2014: 6,52 Mrd.) entspricht und absoluter Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik ist.

Gemeinsam mit ihren Kindern, die sie am 11. Juni 2016 beim »Tag der Bundeswehr« in Stetten am kalten Markt (Baden-Württemberg) mit Waffen spielen lassen, dürfen sich also Fans der deutschen Nation bereits vor dem EM-Fußballfinale

Fortsetzung Seite 5

Die meisten für Neuruppin

Die Kreistagsfraktion der LINKEN berichtet

Der Kreistag beschäftigt sich u.a. in seiner Sitzung vor der Sommerpause am 23.06.2016 mit der Verwaltungsstrukturreform, den Forderungen des Landkreises OPR zum Ausgleich der Kosten einer möglichen Kreisgebietsreform, dem Antrag der Fraktion Bauern, freie Wähler und FDP »Neuruppin muss Kreisstadt bleiben« und dem Antrag von Herrn Schwochow »zu einem Volkstentcheid im Landkreis OPR«.

Nach zum Teil kontroverser und scharf geführter Diskussion zur Stellungnahme des Kreistages zur Verwaltungsstrukturreform spiegelte sich wider, was auch im Brief der LINKEN des Kreisverbandes OPR (entsprechend Beschluss der Gesamtmitgliederversammlung vom 15.06.2016) an unsere Landtagsfraktion Inhalt war.

Wenn es um die Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg geht, muss aber auch festgestellt werden, dass die rot-rote Koalition einige Forderungen, die im gemeinsamen Brief der Kreistagsfraktionen der LINKEN der Prignitz und OPR

von letzten Jahr an unsere Landtagsfraktion aufgestellt wurden, berücksichtigt hat:

- keine Zerschneidung von Landkreisen
- Sitz des Hauptverwaltungsstandortes durch Landtagsbeschluss
- Verringerung der für einen neuen Kreis notwendigen Einwohnerzahl von 175.000 auf 150.000 Einwohner.

Inzwischen wurden auch neue finanzielle Zugeständnisse an die kreisfreien Städte gemacht.

DIE LINKE.

im Parlament

Zu den wichtigsten Beschlusspunkten der Kreistagsvorlage an den Landtag Brandenburg gehörten:

- die Effizienz von Verwaltung mit großer Fläche und die Abwägung mit den Folgen für das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement einer solchen Reform,
- Klärung der finanziellen Rahmenbedingungen im Finanzausgleichgesetz,
- die Reform ist auskömmlich zu finanzieren,



- wie geht die Landesregierung mit den Altschulden um?,
 - Aufgabenübertragungen von oben nach unten sind immer noch nicht klar.
- Mehrheitlich wurde dieser Vorlage zugestimmt.

Zur Frage der künftigen Kreisstadt beantragte Ralph Bormann für die einreichende Fraktion die namentliche Abstimmung. Mit wenigen Nein-Stimmen, darunter Dieter Groß und Freke Over, die der Forderung der LINKEN unseres Kreises entsprachen, dass der Landtag die neuen Kreissitze festzulegen hat, sprach sich die Mehrheit der anwesenden Kreistagsmitglieder für Neuruppin als Kreisstadt aus. Für mich war meine Ja-Stimme ein Bekenntnis zur positiven Entwicklung unserer heutigen Kreisstadt und ein Signal an den Landtag, dass wir uns für Neuruppin positionieren.

Der Antrag von Herrn Schwochow wurde aus rechtlicher Sicht abgelehnt.

Rita Büchner
Fraktionsvorsitzende

Deutsche Waffen in Krisengebiete

Fortsetzung von Seite 4

freuen. Selbst wenn die Nationalelf wieder nur Zweiter wird, können sie weiterhin stolz auf ihr Land und seine Rüstungsindustrie sein.

Man muss nur hart genug Westintegration betreiben, »vernünftige Lohnzurückhaltungen« im Innern fördern und ein Gespür dafür entwickeln, wo seine Waffen gerade den besten Profit abwerfen, ohne dabei allzu genau auf Menschenrechtssituation und Krisenlage zu schauen. Unter den Top 10 Empfängerländern sind 6 Drittländer (Nicht-EU- oder NATO-Mitglieder) wie Katar, Ägypten oder Saudi-Arabien.

Dass dann anständig versucht werden muss, sich gegen die kapitalseitig nur schwer verwertbaren Folgen in Form zu viel menschlicher Not in direkter Nachbarschaft abzuschotten, das verstehen AfD&Co am besten. Wie praktisch, dass bei dieser Aufgabe ebenfalls Sicherheitstechnik und bewaffnetes Personal auf Gewinne hoffen lassen. Ach, und an

einem der Staaten an den EU-Außengrenzen scheint sich gerade ein autoritäres Regime seinen Weg zu bahnen, das wäre doch bestens geeignet ...

Waffen bekämpfen Fluchtursachen?

Der realexistierende Zynismus kennt kaum noch Grenzen in Anbetracht des Verständnisses der Bundesregierung von Fluchtursachenbekämpfung und Friedenspolitik. Jan van Aken's Statement: »Deutschland liefert Waffen sogar mitten hinein in akute Kriege. Unter den größten Kunden sind die Golfstaaten, die seit über einem Jahr einen blutigen Krieg im Jemen führen.[...] Wir brauchen ein Verbot von Waffenexporten, ohne jede Ausnahme.«

Bleibt nur noch hinzuzufügen: Wir brauchen mittelfristig eine drastische

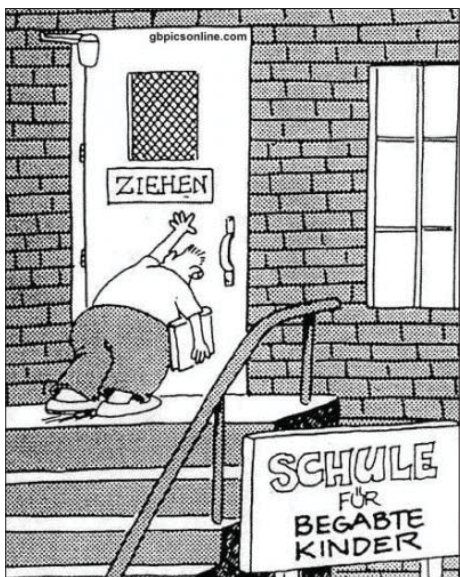


Jan van Aken mit Milan (Panzerabwehrkanone) in Nordsyrien
Foto: jan-van-aken.de

Umgestaltung der Rüstungsindustrie hin zu einer bedarfsorientierten Produktionsweise im zivilen Sektor. Costa Rica hat es ansatzweise vorgemacht und schon in den 1950ern seine Armee zugunsten von Umwelt-, Bildungs- und Gesundheitsprogrammen abgeschafft.

MaC

Bildung in Deutschland – ungleiche Chancen



Das ist ein gutes Zeichen, sagte eine Lehrerin, nachdem sie die Worte von Bildungsministerin Wanka gehört hatte. Diese sagte, dass das ungebrochene Interesse der Menschen an mehr Bildung gewachsen sei. Die Ernüchterung folgte für die Lehrerin jedoch auf dem Fuß, als sie einige Zeit später selbst den Bildungsbericht 2016 gelesen hatte. Ja, sagte sie, genau so erleben meine Kolleginnen und Kollegen es tagtäglich.

Der Trend zu mehr Besuchern von Bildungseinrichtungen, von Kita bis Uni, hält in Deutschland an. Aber Masse ist nicht gleich Klasse - und das zeigt der Bildungsbericht. Kinder aus sozial schwachen Familien und Kinder von Zuwanderern bleiben weiterhin abgehängt. Einer der Autoren des Berichts, der Bildungsforscher am deutschen Institut für internationale pädagogische Forschung, Professor Kai Maaz, kommt zu dem Ergebnis, dass der Zugang zur Bildung in Deutschland unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen erfolgt. Er nennt hier an erster Stelle die soziale Herkunft, als

zweiten Grund den Migrationshintergrund und dann noch, aber zunehmend, die regionalen Unterschiede. Er schätzt ein, dass es bei Schülern aus sozial schwachen Familien Kompetenzzuwächse gibt und belegt das damit, dass heute gut 50% von denen einen mittleren Schulabschluss erreichen.

Damit kann man nicht zufrieden sein

Ich glaube jedoch nicht, dass 50 % mittlerer Schulabschluss ein befriedigendes Ergebnis ist. Vielmehr sollten und müssen unsere führenden Politiker mehr für eine qualitative Bildung tun. Anstatt die Aufrüstung der Bundeswehr zu forcieren, sollte und muss mehr Geld in die Bildung investiert werden. Es kann nicht sein, dass ein Schüler der 5. Klasse heute nicht einmal einen einfachen Text fließend lesen kann. Wie soll dieser Schüler den nachfolgenden Unterrichtsstoff, egal in welchem Fach auch immer, verstehen können?

Die »Kleinstaaterei« im Bildungswesen müsste endlich der Vergangenheit angehören. Bildung muss Bundesaufgabe werden, mit einheitlichen Standards und ausreichend gut qualifiziertem Personal. Es ist doch nicht mehr zeitgemäß, dass ein Schulwechsel in ein anderes Bundesland für die betroffenen Schüler zu einem »Horrorzenario« wird. Entweder reicht das bisher erlangte Wissen nicht aus, um dem neuen Unterrichtsstoff zu folgen, oder der Schüler hat den Stoff schon längst durchgenommen und langweilt sich.

Auch in unserer Region gibt es »offene Baustellen«

Wenn die Hauptgeschäftsführerin der Unternehmerverbände Berlin-Brandenburg kritisiert, dass in Brandenburg jeder 13. Schüler die Schule ohne jeglichen Ab-

schluss verlässt, muss das ein Alarmzeichen, zuallererst für unsere Landesregierung, sein. Man kann es nicht oft genug betonen: Kinder sind unsere Zukunft! Aber wie wird eine Zukunft ohne gebildete Menschen aussehen? Düster, oder? Gegenwärtig gibt es, so berichten jedenfalls die Medien, große Probleme bei der Hortunterbringung von Grundschulern bzw. bei der qualitativen Hortbetreuung. Der gute Ansatz bei der Inklusion wird durch Kompetenzgerangel konterkariert. Während das Land alle Kosten, die die schulische Inklusion betrifft, trägt, müssen die Kommunen als Träger der Schullorte die Inklusionskosten in diesem Bereich tragen. Das hat zur Folge, dass es den Kommunen aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, das benötigte Personal vollumfänglich bereitzustellen. Somit sprechen schon die ersten von einem möglichen Scheitern der Inklusion in Brandenburg.

Abiturboom

Da läuft doch irgendetwas falsch. Heute wird den Jugendlichen suggeriert: »Ohne Abitur bist du nichts«. Anstatt nur die Besten zum Abitur zu führen, die einmal auch erfolgreich ein Studium absolvieren können, also dann die zukünftigen Eliten bilden, spielt die mittlere Reife heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Wie sollen aber zukünftig beispielsweise die Dienstleistungs- und Handwerksberufe sichergestellt werden? Dass es ein Irrglaube ist, das können dann auch Abiturienten machen, zeigt sich schon heute. Es gibt Unternehmer, die zwar gern Abiturienten als Azubi einstellen, aber dabei geht es ihnen nicht vorrangig ums Wissen, sondern darum, dass diese bereits 18 Jahre alt sind und nicht mehr bestimmten gesetzlichen Einschränkungen unterworfen sind.

hjm

Kurzmeldungen

■ Die Wittstocker Genossen wählten am 23. Juni 2016 Enrico Remter zum neuen Vorsitzenden ihres Regionalverbandes. Bei den übrigen Mitgliedern des Regionalverbandes gab es keine Veränderungen.

■ Auch bei ihrer öffentlichen Sprechstunde am 30. Juni 2016 auf dem Neuruppiner Schulplatz war Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann (DIE LINKE) wieder sehr gefragt. Bürger kamen mit vielfälti-

gen Anliegen, manche auch nur, um sie zu begrüßen und mal mit ihr zu reden.

Paul Schmudlach, unser Kreisvorsitzender und Neuruppiner Stadtverordneter, war ebenfalls vor Ort und nutzte natürlich auch die Zeit für Gespräche mit den Bürgern.

■ Unser Genosse Hans Schaefer, Geschäftsführer der Regionalentwicklungsgesellschaft Nordwestbrandenburg (REG) und der INKOM Neuruppin, wird nach erfolgreicher Tätigkeit zum 1. August diesen Jahres in den wohlverdienten Ruhestand gehen.

Sein Nachfolger in der REG, Michael Müller, wird bereits eingearbeitet.

Hans Schaefer ist Mitglied des Stadtverbandes der LINKEN in Neuruppin und will das auch weiter bleiben.

Mitglied bei:

kleine
zeitungen

www.kleineZeitungen.de

Mit Ausdauer und Ideen

26 Jahre Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppin

In Wirklichkeit existiert sie ja viel länger. Denn 1990 wurde in Neuruppin ganz kontinuierlich fortgesetzt, was sie als »Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft« schon seit langem praktizierte. Was zu DDR-Zeiten manchmal - leider - recht formal (und langweilig) geworden war, erhielt jetzt, mit den gesellschaftlichen Veränderungen, nicht nur eine neue Bedeutung, einen neuen Inhalt: Setzen wir die deutsch-sowjetische Freundschaft fort? Ist sie uns noch etwas wert? Auch, wenn sie jetzt deutsch-russische Freundschaft heißt, was doch eigentlich unseren Vielvölker-Gedanken nicht so ganz trifft.

Es ist denen, die Mitglied geblieben sind, und auch manchen anderen, denen dieser Inhalt nicht nur ein leeres Wort geblieben war, zu danken, dass die Gruppe ihre Arbeit weiterführte - Barbara Hinz vor allem, den Chuchers aus Alt Ruppin, Menzels, Karl-Heinz Schindler, den Ahlerts, Lotti Hannemann und zahlreichen weiteren.

In der Zusammenkunft der Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft, der Basisorganisation Alt Ruppin der LINKEN und deren Gäste am 29. Juni 2016 hat eigentlich keiner an diesen 26. Jahrestag gedacht. Aber schon an der Teilnahme (nicht das erste Mal!) von russischen und ukrainischen Frauen - Natalie aus Russland, Galina und Natalie aus der Ukraine (Nina, ebenfalls aus der Ukraine, fehlte dieses Mal) - war die weiter dauernde praktische Freundschaft in der Stimmung, im Verhalten zueinander, in den Gesprächen, zu spüren.

Lotti Hannemann hatte, wie schon in mehreren Jahren, für jeden Teilnehmer drei hübsche Karten gebastelt (mein Beitrag, sagt sie uns, ich kann ja sonst nichts anderes mehr tun). Nicht wenige von



Foto: Achim Müller

den Frauen hatten einfallsreich Kuchen gebacken, Ortsvorsteherin Heidi Ahlert den Raum und die Tafel festlich geschmückt. Und was zu manchen anderen Veranstaltungen auch nicht so oft vorkommt: es fanden sich mehr Gäste ein als geplant.

Kurze Reden vom Vorsitzenden der Freundschaftsgesellschaft Rudi Menzel, von Barbara Hinz, von Galina, von Karl-Heinz Schindler (der Vorsitzende der Alt Ruppiner Basisgruppe der LINKEN), von Lisa Chucher, von der Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann, die extra mit dem Kreisvorsitzenden der LINKEN Paul Schmudlach und dem Stadtvorsitzenden Achim Behringer gekommen war. Aber die Gespräche untereinander waren wohl das wichtigste. Und an den Geburtstag von Heidi Ahlert wurde auch gedacht. Besser konnte man wohl den Jahrestag einer Organisation - übrigens der einzigen im Kreis - gar nicht begehen!

ch-

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	1.8.	Reiner Streich	Flecken Zechlin	zum	72.
Am	2.8.	Vera Träger	Wittstock	zum	82.
Am	11.8.	Manfred Himmert	Joachimshof	zum	77.
Am	11.8.	Eckhard Schade	Freyenstein	zum	66.
Am	13.8.	Barbara Hinz	Neuruppin	zum	81.
Am	13.8.	Karl-Heinz Schindler	Alt Ruppin	zum	70.
Am	14.8.	Ruth Iffländer	Neuruppin	zum	90.
Am	14.8.	Uwe Tackmann	Tornow	zum	61.
Am	14.8.	Gerhard Ziebol	Wittstock	zum	63.
Am	16.8.	Giselher Trepte	Rüthnick	zum	89.
Am	17.8.	Wilhelm Reischel	Wittstock	zum	67.
Am	21.8.	Maria Schlögel	Neuruppin	zum	89.
Am	22.8.	Emil Timm	Kyritz	zum	83.
Am	24.8.	Heidemarie Asfaha	Stöffin	zum	71.
Am	25.8.	Jürgen Schubert	Neuruppin	zum	62.
Am	25.8.	Norbert Wilke	Wittstock	zum	61.
Am	29.8.	Hans-Joachim Müller	Alt Ruppin	zum	67.
Am	31.8.	Anita Holz	Wittstock	zum	70.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Gemeinsames Kochen

Im Rahmen der kürzlichen Seniorenwoche wurde von Neuruppiner Senioren zum gemeinsamen Kochen mit Flüchtlingen eingeladen. Ein Koch aus Syrien bereitete gemeinsam mit den Frauen von Jahresringe e.V. und vom Haus der Begegnung landestypische Gerichte zu. Große Unterstützung fanden anwesende Frauen aus Afghanistan bei den Frauen des gastgebenden Hauses und den Mitgliedern von Jahresringe e.V. auch in der Kinderbetreuung, da sie ihre kleinen Kinder mitgebracht hatten.

Bevor es ans Essen ging, habe ich das Gespräch mit den Frauen gesucht und viel über deren Leben in Neuruppin erfahren. Unter anderem auch Einzelheiten über den muslimischen Glauben und den Ramadan, der gerade begangen wurde. Das heißt unter anderem, dass bis Einbruch der Dunkelheit keine Nahrung zu sich genommen wird. Das gilt für alle Menschen dieses Glaubens. Schwangere, Kranke und Kinder vor der Pubertät bilden eine Ausnahme.

In Anbetracht dessen wurde trotzdem für uns gekocht. Gefüllte Kartoffeln, selbst gebackenes Fladenbrot mit Gemüsefüllung, Kuchen und Torte. Einfach köstlich! Schade, dass so wenig Publikum da war. Für mich und diejenigen, die teilnahmen, war es ein Erlebnis des Miteinanders und der Gaumenfreude.

Doris Hochschild

Ältere nicht abseits!

Zur Eröffnung der diesjährigen Seniorenwoche am 13. Juni 2016 wies Bürgermeister Golde u.a. darauf hin, dass in der Stadt Neuruppin nach bisheriger Berechnung im Jahr 2040 jeder vierte Bürger über 65 Jahre alt sein wird. Landrat Reinhard, ebenfalls hier im Gnewikower Kulturhaus anwesend, bestätigte ähnliches für den Kreis und betonte die wichtige Rolle, die heute und in Zukunft die älteren Bürger in Planung und Entwicklung von Stadt und Kreis einnehmen müssen. Gäste aus der Partnerstadt Babimost verfolgten

aufmerksam die Diskussion. Herzlich begrüßt wurden Flüchtlingsfrauen, die in Gnewikow Unterkunft gefunden haben.

Für ihre umfangreiche ehrenamtliche Arbeit mit den Senioren der Stadt wurden Ilse Lisch, Heidi Bensch, Hannelore Gussmann und Gerlinde Zemlin mit Anerkennung und Blumen geehrt, Gudrun Vorreiter erhielt für ihre vielseitige Tätigkeit auf diesem Gebiet, vor allem in der Gruppe der Rheumaliga, eine Urkunde der Landesregierung.

Leider wenig besucht

Einen interessanten Vortrag während der Neuruppiner Seniorenwoche hörten die Teilnehmer im Haus der Begegnung am 15. Juni 2016. Ein Vertreter der Polizei informierte sehr anschaulich über ein derzeitiges Hauptproblem im Kreis: die Einbrüche. Er zeigte an vielen Beispielen, wie versucht wird, die vielfache Gutgläubigkeit und Vertrauensseligkeit vor allem älterer Bürger raffiniert auszunutzen, sie bei Besuchen

und Gesprächen zu täuschen und durch einen Komplizen inzwischen Wertsachen und Geld in der Wohnung zu stehlen. Die Diskussion zeigte, dass es tatsächlich viele Erfahrungen auf diesem Gebiet gibt. Größere Vorsicht gegenüber Fremden an der Wohnungstür sei dringend geboten, mahnte er an. Leider war die Veranstaltung nur wenig besucht. Schade, denn man konnte manches lernen!

Höchst aktuelle Ausstellung

Seit dem 28. Mai 2016 (bis zum 28.10.16) bietet das Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau eine interessante deutsch-polnische Ausstellung an: »Polen und Preußen/Prusy i Polska«.

Gleichzeitig findet in der Wustrauer Wassermühle eine Fotoausstellung »Landschaften und Ordensburgen in Preußen« statt. Wustrau ist also einen Besuch wert!

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 13.07.16	Filmvorführung: »Team Wallraff: Katastrophale Zustände in Deutschlands Krankenhäusern« - ver.di lädt ein 16.30 Uhr, Neuruppin - Restaurant Tempelgarten
Mittwoch, 20.07.16	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 01.08.16	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag, 04.08.16	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 04.08.16	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch, 08.08.16	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 15.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Freitag, 12.08.16	Umbenennung der Landesgeschäftsstelle in Lothar-Bisky-Haus 17.00 Uhr, Potsdam, Alleestraße 3
Sonabend, 13.08.16	Sommerfest der LINKEN Ab 14 Uhr, Wittstock - Amtshof
Mittwoch, 17.08.16	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Achim Müller (hjm), Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht (ga)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Erscheinungsdatum:

Fr., 29.07.2016
Mi., 10.08.2016

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Landtagsabgeordnete **Margitta Mächtig**
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr